

2732/J XXI.GP
Eingelangt am:12.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Petrovic Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen
betreffend Wegfall Wochengeld

Im Rahmen der neuen Kinderbetreuungsgeldregelung kommt es zu einem Wegfall des Leistungsanspruches für jene Zeiten, in denen Wochengeld bezogen wird. Während das Wochengeld eine Versicherungsleistung ist, handelt es sich beim Kinderbetreuungsgeld um eine Familienleistung. Es ist uns nicht einsichtig, wieso Menschen, die eine Leistung aus einer Versicherung beziehen, für diesen Zeitraum von einer Familienleistung ausgeschlossen werden können. Mit gleicher Argumentation könnte wohl auch jegliche private Versicherungsleistung, welche in diesem Zeitraum fällt zu einem Ausschluss einer staatlichen Familienleistung führen was wohl nicht beabsichtigt ist. Diese Regelung führt unserer Meinung nach zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von unselbstständig Erwerbstätigen gegenüber allen anderen relevanten Personengruppen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wurde der Verfassungsdienst mit dieser Problematik konfrontiert und wie lautet seine Stellungnahme?
2. Halten Sie diese Bestimmung für verfassungskonform?